

# Oldenburg als Hochburg der Partei

Die Ortsgruppe Oldenburg der NSDAP wurde dreimal gegründet: 1921, 1923 und 1925. Die ersten beiden Ortsgruppen existierten nur kurze Zeit. Die 1921 gegründete ging offensichtlich mangels Masse (14 Mitglieder) ein und die zweite (50 Mitglieder) wurde im September 1923 verboten. Der Ministerialrat der Oldenburger Landesregierung Zimmermann begründete den Verbandsantrag folgendermaßen: „Die Partei verfolgt nach ihrem Programm, in der Presse, in Versammlungen, Kundgebungen und Flugblättern mit einer nicht zu überbietenden Hetze die Reichs- und Landesregierungen, die Verfassung, die einzelnen Minister, alle Parteien, Regierungsmaßnahmen und die Juden. Die Beschimpfung namentlich der letzteren und die Vernichtung ihrer durch die Verfassung gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte geschieht in Formen und Ausdrücken und in einer Häufung, die ihresgleichen suchen und jede Spur von Gerechtigkeitsgefühl und Anstand vermissen lassen.“ Auf Anraten des Reichsinnenministers wurde das Verbot jedoch am 13. Dezember 1924 wieder aufgehoben.

Vorsitzender der Oldenburger NSDAP wurde der Kaufmann Carl Röver. Bei der Stadtratswahl im November 1927 erreichte die NSDAP 4,1%. Bei der Reichstagswahl im Mai 1928 kam sie bereits auf 8,2%, ihr bestes Ergebnis unter allen Ländern.

Die Ergebnisse ausgewählter Landtags- und Reichstagswahlen im Freistaat Oldenburg (1919-1933)<sup>1</sup>

	VLV 1919	RTW 1920	LTW <sup>2</sup> 1923/24	LTW 1925	LTW 1928	RTW 1930	LTW 1931	LTW 1932	RTW 1932 I	RTW 1932 II	RTW 1933
Wahlbeteiligung	66,6	76,8	69,8	55,2	70,1	80,1	74,9	75,6	84,9	81,8	88,6
NSDAP	—	—	—	—	7,5 <sup>3</sup>	27,3	37,2	48,4	46,3	38,6	46,5
Völkische	—	—	—	—	2,5	2,1	—	—	—	—	—
DNVP	2,1	5,0	6,3	x <sup>4</sup>	x <sup>4</sup>	5,1	4,8	5,7	6,7	10,1	11,4
LDBL (DVP/DNVP)	—	—	—	34,6 <sup>4</sup>	17,7 <sup>4</sup>	—	—	—	—	—	—
LVP	—	—	—	—	6,2	4,6	2,1	2,2	0,6	0,7	0,0
WP	—	—	—	—	5,1	3,6	1,6	0,9	0,2	0,1	—
DVP	11,4	24,9	23,6	x <sup>4</sup>	x <sup>4</sup>	4,8	4,1	0,9	0,9	2,0	1,1
Ztr.	22,0	20,3	20,4	24,4	17,0	17,1	17,6	15,5	16,3	16,4	14,8
DDP/DSp	31,1	15,5	18,3	13,7	10,7	4,9	3,3	2,3	1,8	1,7	1,1
SPD	33,4	21,7	23,8	22,5	28,9	23,7	20,9	18,8	20,1	21,3	18,2
USPD	x <sup>5</sup>	11,0	1,1	0,2 <sup>6</sup>	—	—	0,1 <sup>7</sup>	—	—	—	—
SAP	—	—	—	—	—	—	—	0,5	0,5	0,1	—
KPD	—	1,4	6,5	2,1	3,7	5,0	7,2	5,7	6,3	7,9	6,4
SONSTIGE	—	0,2	—	—	1,1	3,9 <sup>8</sup>	1,1	—	0,3	1,1	0,5
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Noch im Jahr 1926 hatte die Landtagsregierung ein Redeverbot für Adolf Hitler bekräftigt, das am 4. September 1925 vom Jüdischen Landesgemeinderat beantragt worden war, mit der Begründung: „Das Auftreten Hitlers wirkt aufreizend und stört den Frieden, in dem die verschiedenen Religionsgemeinschaften in Oldenburg miteinander gelebt haben.“

Wir richten daher an das Ministerium die Bitte, das öffentliche Auftreten Hitlers in Oldenburg zu verbieten, um so Leben und Eigentum der Juden Oldenburgs vor Gewalttätigkeiten und Beleidigung zu schützen.“

Das Redeverbot für Hitler in Oldenburg hatte jedoch nur fünf Monate Bestand. 1928 wurde auf die Bedenken des Jüdischen Gemeinderates keine Rücksicht mehr genommen.



„Heilrufe“ vor der Führertribüne auf dem Rennplatz

Zum Sitz der Gauleitung<sup>1</sup> wurde das Adolf-Hitler-Haus in Oldenburg an der Ratsherr-Schultze Straße, vorher Landesbrandkasse. Im September 1930 wurde in der Innenstadt an der Langen Straße 89 schräg gegenüber dem Lappan ein Hauptquartier bezogen, das analog zum Braunes Haus in München Braunes Haus Oldenburg genannt wurde. Und mit dem „Nordwestdeutschen Freiheitskämpfer“ gründete die NSDAP eine Parteizeitung, die zunächst als Wochenblatt und dann im Zusammenhang mit den steigenden Mitglieder- und Anhängerzahlen als Tageszeitung erschien. Die Bedeutung Oldenburgs für die Partei spiegelt ein Polizeibericht von Ende 1928 wider, in dem es heißt: „Führende Persönlichkeiten der NSDAP haben in letzter Zeit mehrfach zu erkennen gegeben, dass sie nicht mehr Bayern, sondern Oldenburg als Hochburg der Partei betrachten und dass die nationalsozialistische Revolution demaleinst von Oldenburg ihren Anfang nehmen werde.“

<sup>1</sup> Als Gau wurde eine politische Siedlungsgemeinschaft der Germanen bezeichnet. Das Wort diente als Begriff für eine Region als Landschaft oder Verwaltungseinheit.



Das Adolf-Hitler-Haus an der Ratsherr-Schultze-Straße in Oldenburg, Sitz der Gauleitung Weser-Ems der NSDAP



Das „Braune Haus“ in der Lange Straße 89, bezogen im September 1930



Hitler auf dem Pferdemarkt in Oldenburg mit zwei Mitgliedern der nationalsozialistischen oldenburgischen Regierung von 1932: (von links nach rechts) Heinz Spangemacher (Kultur und Justiz) und Carl Röver (Ministerpräsident).

# DIE NSDAP IN OLDENBURG

# „Juden sind hier unerwünscht“



Auf dem Rathausplatz in Oldenburg 1932



Hitler während seiner Rede auf dem Oldenburger Rennplatz

Im Oktober 1928 wurde der Gau Weser Ems mit der Gauhauptstadt Oldenburg gebildet, im gleichen Monat trat Adolf Hitler erstmals als Redner in Oldenburg auf.

Am 5. Mai 1931 veranstaltete die NSDAP in Oldenburg einen Hitler-tag und eine Hitlerparade. Dabei marschierten 5000 SA-Leute vor dem Redepodest Hitlers auf dem Pferdemarkt auf. Es kam zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Nach Hitlers Regierungsantritt wurde der Pferdemarkt in Platz der SA umbenannt.



Hitler auf dem 1. Gautag des Gauweser-Ems der NSDAP Anfang November 1930

Ein fatales Zusammenspiel der beiden sich ansonsten bekämpfenden Parteien NSDAP und KPD führte zu einem Erfolg eines Volksentscheids zur Auflösung des Landtages. Am 17. April 1932 stimmten 35% der Wahlberechtigten mit Ja und nur 1,6% mit Nein. Die Neuwahlen wurden auf den 29. Mai gelegt. Eine Woche zuvor, am 22. Mai, redete Adolf Hitler auf einer Wahlkundgebung vor 35.000 Menschen auf dem Rennplatz. Es war die größte Parteiveranstaltung, die je in Oldenburg stattgefunden hatte. Die Presse schrieb von ungeheurer Begeisterung. Der anschließende Wahlsieg bei der Landtagswahl mit 48,4% ermöglichte es der NSDAP erstmals die Regierung in einem Land des Deutschen Reiches zu übernehmen.

Am 16. Juni 1932 wurde Röver im Landtag zum Ministerpräsident gewählt.

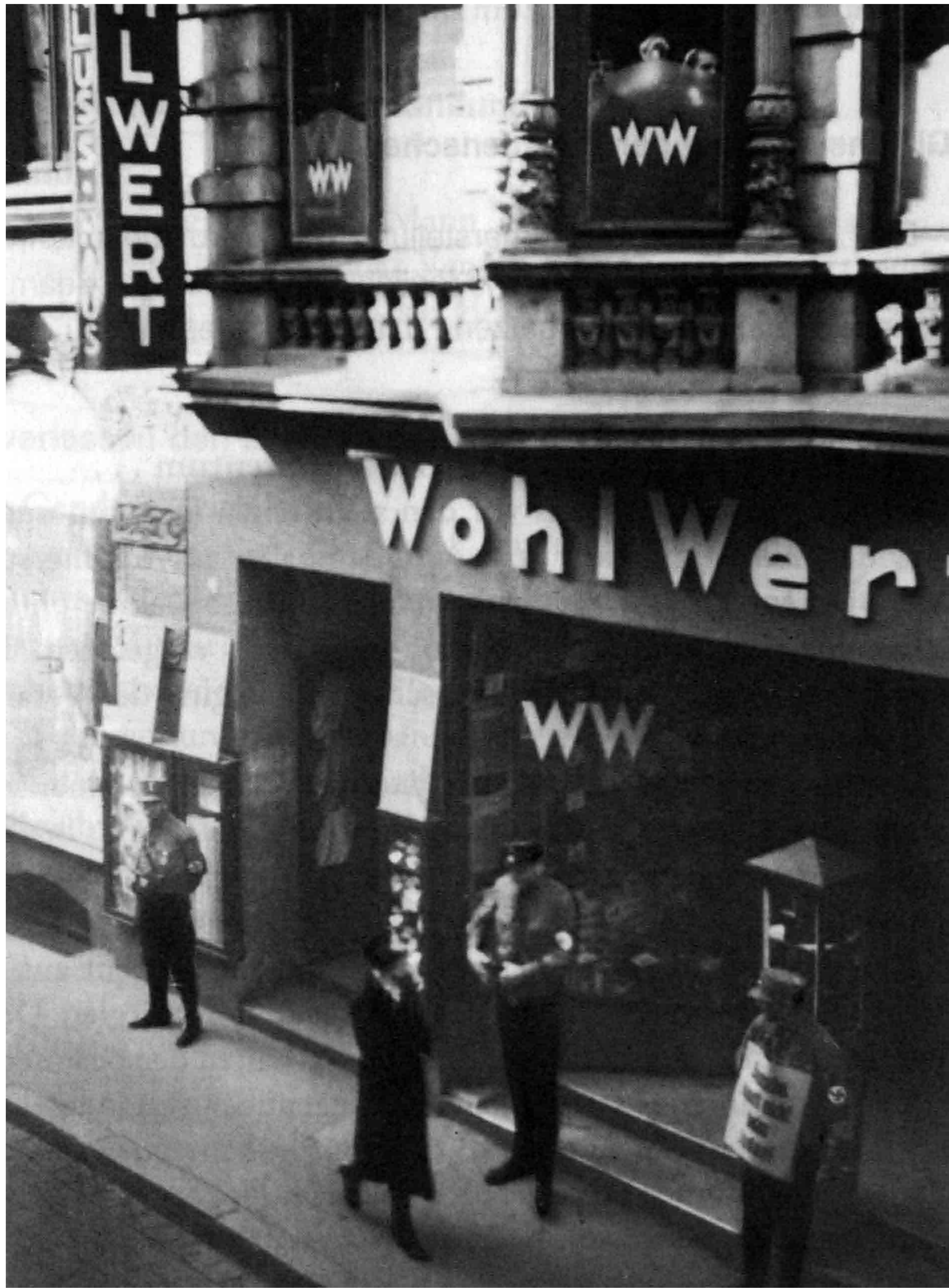
Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, war die Mitgliederzahl der NSDAP im Gau-Weser-Ems auf 22300 Personen gestiegen. Zur Organisation des Terrors gegen die Opposition wurde Anfang März 1933 eine Hilfspolizei gebildet, die sich aus Mitgliedern von SA, SS und dem Stahlhelm zusammensetzte. Allein in der Nacht vom 3. auf den 4. März wurden daraufhin 15 Mitglieder der KPD festgenommen. Im Nordwestdeutschen Freiheitskämpfer wurde das brutale Vorgehen gegen die linke Opposition am 2. Februar 1933 antisemitisch begründet: „Die Kommune hat nicht mehr zu marschieren. Schluss mit dieser Gesellschaft, die auf Geheiß der bolschewistischen Juden täglich unsere Kameraden mordet. Unsere Geduld ist zu Ende.“

Am 3. März 1933 wurde der KPD-Landtagsabgeordnete Jan Gerdes vor seinem Haus in Ohmstede von SA-Schlägern ermordet. Seine Beisetzung wurde zur letzten großen Demonstration gegen die Nazi-Herrschaft in Oldenburg. Viele hundert Menschen begleiteten den Trauerzug. Die Mörder wurden bereits zwei Wochen später ohne Verurteilung aus dem Gefängnis entlassen.

Am 1. April 1933 organisierte die SA und die SS einen Boykott von jüdischen Geschäften, z.B. vor dem Kaufhaus Wohlwert in der Schüttingstraße. Auch Schilder mit der Aufschrift „Juden sind hier unerwünscht“ tauchten in der Stadt auf. Ab August 1935 wurde Juden der Eintritt in die städtische Badeanstalt an der Hunte verwehrt. Im selben Jahr wurde der jüdische Friedhof in Osternburg geschändet.



Trauerzug an der Ecke Nadorster Straße/Lindenstraße



SA- und SS-Posten vor dem jüdischen Geschäft Wohlwert in der Schüttingstraße in Oldenburg am 1.4.1933. Der Sa-Mann trägt ein Plakat mit dem Text: „Deutsche kauft nicht beim Juden!“

# DIE NSDAP IN OLDENBURG

# Geschichte und Strategie



Udo Voigt bei einer NPD-Wahlkampfveranstaltung am 15.09.2007 in Hannover



Rassistische Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen Bild: Radio Hamburg



„Kampf um die Straße“ am 3.September 2005 in Oldenburg



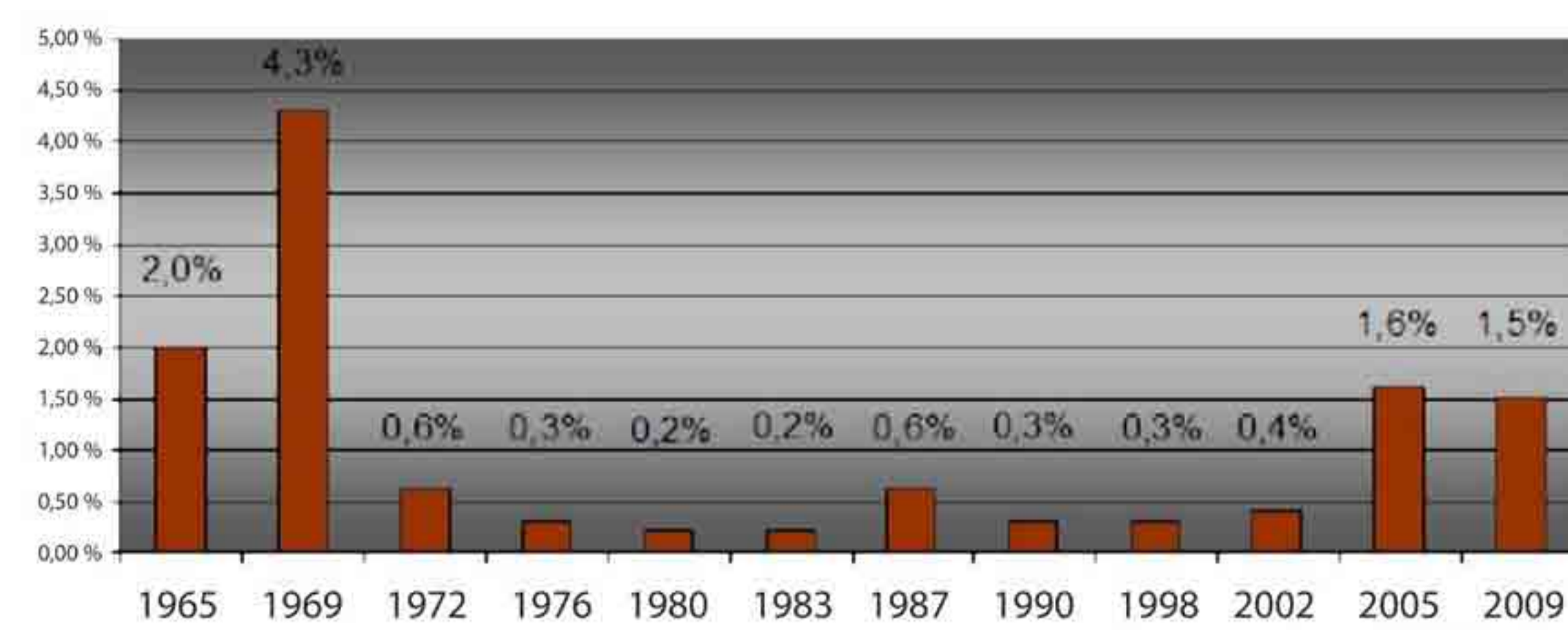
„Kampf um die Köpfe“ am 15.09.2007 in Hannover



„Kampf um die Parlamente“ am 19.07.2012 in Oldenburg



„Kampf um den organisierten Willen“ am 15.09.2007 in Hannover. Führende NPD-Köpfe mit Vertretern der freien Kameradschaften. V.l.n.r.: Christian Worch, Ulrich Eigenfeld, Andreas Molau, Udo Voigt, Udo Pastörs



Wahlergebnisse der NPD bei den Bundestagswahlen seit 1965 Bild: Wikipedia

## Geschichte und Strategie der NPD<sup>1</sup>

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) wurde 1964 als Sammelbecken für alle Strömungen rechts von der CDU/CSU gegründet. Nach Einschätzung zahlreicher Politikwissenschaftler\*innen und Historiker\*innen weist die NPD eine programmatische und sprachliche Nähe zur NSDAP auf. Vorgängerparteien der NPD waren nach 1945 u. a. die „Deutsche Rechtspartei“ und die „Deutsche Reichspartei“. Adolf von Thadden, ein wichtiges Gründungsmitglied, steht exemplarisch für die Kontinuität der NSDAP zur NPD. Er war am 1. September 1939 der NSDAP beigetreten und nahm als Soldat an zahlreichen verbrecherischen Aktionen während des Zweiten Weltkrieges teil. 1947 wurde er Mitglied der Deutschen Rechtspartei, die 1950 in die Deutsche Reichspartei überging. Für diese Parteien saß er von 1949-1953 im Deutschen Bundestag und von 1955-1959 im Niedersächsischen Landtag. Außerdem stand er in den 50er Jahren in Kontakt mit dem Kreis alter Nazis in Argentinien um den Cheforganisator des Holocaust, Adolf Eichmann. Von den 60er Jahren bis Mitte der 70er Jahre war von Thadden Herausgeber der NPD-Parteizeitung „Deutsche Nachrichten“. 1967 wurde er Bundesvorsitzender der NPD und saß für diese von 1967-1970 im Niedersächsischen Landtag.

Nach der Gründung eroberte die NPD schnell erste Kommunalparlamente und zog bis 1969 mit 61 Mandaten in insgesamt sieben Landtage ein. Nach dem verpassten Einzug in den Bundestag 1969 wanderten viele Mitglieder aufgrund innerparteilicher Richtungskämpfen zur populistischeren extrem rechten Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) ab. Andere spalteten sich mit neu-rechten Zirkeln und militante Neonazigruppen ab – wie beispielsweise der Wehrsportgruppe Hoffmann (1973-1980).

Nach dem Mauerfall im November 1989 waren es vor allem neonazistische Netzwerke wie die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) oder parteiförmige Gruppierungen wie die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP), die ab 1990 in Ostdeutschland das Entstehen einer militanten Neonazi-Skinhead-Szene förderten. Fünf dieser Organisationen (wie z.B. die Nationalistische Front) wurden von der Bundesregierung nach den Pogromen von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) verboten.

Die Kader dieser Organisationen verfolgten danach eine Doppelstrategie: Einerseits entwickelten sie das Konzept der »Freien Kameradschaften« – diese lose verbundenen Gruppen sind für staatliche Verfolgung sehr viel schwerer greifbar. Zum anderen wandten sie sich der NPD zu, denn diese bot als zugelassene Partei einen legalen Rahmen für weitere Aktivitäten.

Die Jugendorganisation der NPD, „Junge Nationaldemokraten“ (JN) hatte sich ihrerseits unter ihrem Vorsitzenden Holger Apfel für eine Zusammenarbeit angeboten.

<sup>1</sup> Dank an das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

<sup>2</sup> Aus: Fabian Virchow, Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts. 2008 (Wochenschau Verlag), darin: Christoph Schulze, Was ist das Vier-Säulen-Konzept?

1996 übernahm Udo Voigt den Vorsitz der NPD. Bis dahin hatte die Partei bereits mehrmals die Selbstauflösung erwogen. Mit Übernahme des Vorsitzes öffnete Udo Voigt die Mutterpartei für Ex-Kader von Neonazigruppen, die danach schnell bis in die Parteiführung aufstiegen.

Seit 2004 ist die NPD im Landtag von Sachsen und seit 2007 im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Mit ca. 300 Mandaten ist die NPD in den Kommunalparlamenten von 15 Ländern (alle außer Hamburg) vertreten.

2003 wurde vom Bundesverfassungsgericht ein zwei Jahre dauerndes Verbotsverfahren der NPD eingestellt, da unklar war, wie stark der Einfluss verschiedenster Mitarbeiter\*innen des deutschen Verfassungsschutzes auf die Arbeit der Partei war. Ein neues Verbotsverfahren wurde am 03.12.2013 beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

## Das „Vier-Säulen-Konzept“ der NPD<sup>2</sup>

Um an politischer Macht zu gewinnen, bemüht sich die NPD auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig aktiv zu sein. 1997 wurde auf dem 27. Bundesparteitag ein Strategiepapier verabschiedet, das für die gesamte Parteiarbeit verbindlich sein sollte. Das Konzept bestand zunächst aus drei Säulen, die später um eine vierte ergänzt wurde. Das „Vier-Säulen-Konzept“ enthält die Elemente:

### „Kampf um die Straße“

Damit meint die NPD ihre Bemühungen, im öffentlichen Raum mittels Demonstrationen präsent zu sein. Die eigene Bedeutung und Mobilisierungsfähigkeit soll sowohl den eigenen Anhänger\*innen als auch den politischen Gegner\*innen bewiesen werden.

### „Kampf um die Köpfe“

Dieser umfasst verschiedene Aspekte wie z.B. die Schulungsarbeit für eigene Anhänger\*innen oder der Versuch, die Parteiarbeit langfristig über eine Intellektualisierung abzusichern. Außerdem will die NPD mit ihren Ideen in die Köpfe der breiten Bevölkerung vordringen. Als besonders wichtig wird hier das lokale Engagement von Parteimitgliedern in Bürgerinitiativen und Vereinen erachtet. Auch sollen nach Udo Voigt, „Kommunalwahlen ... unser Fundament bilden“. Vorzeigbare Kader sollen „Gesicht zeigen“ und durch seriöses Auftreten die Identifikation mit der Partei und ihren Zielen erleichtern.

### „Kampf um die Parlamente“

Dieser wird betrieben, um sich über Wahlteilnahmen das Parteienprivileg zu sichern und auf diese Weise vor staatlicher Verfolgung zu schützen. Seitdem die NPD Wahlerfolge erzielt, hat sie das Parlament als Bühne zu Verbreitung eigener Inhalte und für öffentlichkeitswirksame Provokationen schätzen gelernt.

2004 ergänzte die NPD das Drei-Säulen-Konzept um einen vierten Bestandteil:

### „Kampf um den organisierten Willen“

Damit sind die Anstrengungen gemeint die extreme Rechte in Deutschland unter der Führung der NPD zur Zusammenarbeit in einer „Volksfront“ zu vereinen. Noch im gleichen Jahr traten wichtige Vertreter\*innen der bisher betont parteiskeptischen militant-neonazistischen Kameradschaften in die Partei ein. Am 15. Januar 2005 unterzeichneten NPD und DVU schließlich einen „Deutschlandpakt“, der eine Kooperation der beiden Parteien festschrieb: Bei Wahlen werde man nicht mehr gegeneinander antreten sowie jeweils Vertreter\*innen der anderen Partei auf den eigenen Listen kandidieren lassen.



Die NPD-Fraktion im sächsischen Landtag bei einem Aufmarsch in Dresden am 14.02.2009

Mit dabei v.l.n.r.: Udo Voigt, Andreas Molau, Matthias Faust (damaliger Bundesvorsitzender der DVU), Holger Apfel und Jürgen Gansel

# DIE NPD

# Ideologie und Antisemitismus



„Volkstod“: Rassistisches Schlagwort der Neonazis, Wismar 20.10.2012



„Die Revolution beginnt im Bett“: Die Neonazis propagieren, möglichst viele „deutsche Kinder“ zu bekommen, um der „Überfremdung“ entgegenzuwirken Wismar 20.10.2012



Neonazis solidarisieren sich mit dem iranischen Regime und fordern eine Welt ohne Zionismus, was gleichbedeutend mit der Vernichtung des jüdischen Staates Israel ist. Dortmund 01.09.2007



„Die USA sind unser Unglück“: Nicht zufällig wählen die Neonazis eine Formulierung aus dem Nationalsozialismus („die Juden sind unser Unglück“) Dresden, 14.02.2009



„Gestern Dresden – heute Gaza“: Geschichtverfälschung der Neonazis, Dresden, 14.02.2009



Neonazis tragen Palästinensertücher, um ihren Antisemitismus nach außen zu tragen, Bremen, 30.04.2011



Antisemitisches Transparent bei einem Aufmarsch in Dortmund am 05.09.2009



Kritik an „Zinsknechtschaft“ ist bei den Neonazis gleichbedeutend mit Antisemitismus, Osnabrück, 07.03.2009

## Ideologie

Die Ideologie der Neonazis ist bestimmt von völkischem Nationalismus und Rassismus. Sie fordern „Deutschland den Deutschen“ und lehnen die multikulturelle Gesellschaft ab. Sie wenden sich vehement und oft auch brutal gegen die Zuwanderung und Gleichberechtigung von Migrant\*innen und Asylsuchenden. Ihr Hass richtet sich ebenso gegen Sinti und Roma, Obdachlose und Behinderte. Mit ihrem Slogan vom angeblich „drohenden Volkstod“ unterstreichen die Neonazis gleichzeitig ihren Wunsch nach Wiederkehr der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, ihre rassistische Wahnvorstellung von der Überfremdung Deutschlands durch Migrant\*innen und ihre Angst vor dem Aussterben der Deutschen. Um Deutsche aufzufordern, wieder mehr Kinder zu bekommen, lassen sie auf ihren Demonstrationen Frauen mit Kinderwagen und dem Spruch „Die Revolution beginnt im Bett“ mitmarschieren. Ihr Ziel ist dabei eine nationalsozialistische Revolution, das heißt das Ende der Demokratie und die Einführung einer Diktatur. Außerdem polemisieren die Neonazis gegen die Globalisierung und wollen den Austritt Deutschlands aus internationalen Bündnissen wie der NATO, die Abschaffung des Euro und die Wiedereinführung der Deutschen Mark. Mit den Parolen „Deutsche Arbeit“ oder „Arbeit für Deutsche“ zeigen sie ihr Festhalten am traditionellen deutschen Arbeitsmythos, der sich im Schriftzug an den Eingangstoren der Konzentrationslager „Arbeit macht frei“ zeigte.

## Antisemitismus

Im Zentrum der Ideologie der NPD und anderer militanter Neonazigruppen steht der Antisemitismus. Ausgehend von der Wahnvorstellung einer jüdischen Weltverschwörung werden Juden für alles Böse und Schlechte in der Gesellschaft verantwortlich gemacht, insbesondere für Kriege und Wirtschaftskrisen. Da offen geäußertem Judenhass nach 1945 als Volksverhetzung strafrechtlich geahndet wird, artikulieren die neuen Nazis ihren Antisemitismus versteckt hinter Bildern, Symbolen und Parolen. So wissen alle Nazis, dass mit dem Bild einer Krake auf einem Globus das internationale Judentum gemeint ist, das angeblich mit seinen überall hin reichenden Armen die ganze Welt erdrückt. Mit der Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ versuchen die Nazis der Öffentlichkeit ihren Irrglauben vom „raffenden und schaffenden Kapital“ zu vermitteln. Während die „deutsche Arbeit“ dabei für das schaffende Kapital steht, bezeichnen sie das angeblich von Juden beherrschte Banken- und Zinssystem als raffendes Kapital. Ein anderes, in den letzten Jahren immer stärker zu beobachtendes Mittel der neuen Nazis, ihren Antisemitismus auszudrücken, ist der Antizionismus, das heißt der Hass auf Israel. Die jüdischen Israelis werden von ihnen als die wahren bösen Nazis diffamiert, um die deutsche Schuld am Holocaust zu minimieren bzw. zu leugnen. Der Verbündete Israels, die USA wird dabei oft gleichzeitig verteufelt. Israel und die USA gelten ihnen als der große und kleine Satan und die US-amerikanische Politik als von Juden bestimmt. Wenn Neonazis Transparente mit der Aufschrift „Die USA sind unser Unglück“ tragen, steht dahinter die alte

1) 1879 geprägt vom liberalen Berliner Geschichtswissenschaftler Heinrich von Treitschke



# DIE NPD

deutsche Überzeugung „Die Juden sind unser Unglück“. Mit gegen Israel und die USA gerichteten Anti-Kriegsdemonstrationen versuchen die NPD und andere Neonazigruppen aktuell immer wieder Sympathien in der deutschen Mehrheitsbevölkerung zu gewinnen, bei der eine Ablehnung der Politik Israels und der USA weit verbreitet ist. Besonders bizarr verbindet sich die Verkehrung deutscher Täter zu Opfern und der Hass, auf Israel mit dem Plakat „Gestern Dresden- heute Gaza“. Damit werden Juden gleichzeitig für den Bombenangriff auf Dresden während des zweiten Weltkrieges und aktuelle Angriffe auf den palästinensischen Gazastreifen verantwortlich gemacht. Mit dem Tragen von Palästinensertüchern stilisieren sich die neuen Nazis als Opfer der Israelis. Außerdem solidarisieren sie sich mit Organisationen und Regierungen wie z. B. des Iran, die den Holocaust leugnen und den jüdischen Staat Israel vernichten wollen. Ein direktes Symbol um den Holocaust zu leugnen, ist die Verwendung einer Eselsmaske. In der aktuellen Eurokrise wird diese von der NPD oft mit der Parole „Ich Esel glaube, dass der Euro Deutschen nutzt“ gezeigt. Klares Vorbild ist eine Aktion von Michael Kühnen und Christian Worch und anderen Neonazis, die 1978 mit Eselsmasken durch Hamburg zogen. Auf umgehängten Schildern war zu lesen: „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden“.

Damit werden Juden gleichzeitig für den Bombenangriff auf Dresden während des zweiten Weltkrieges und aktuelle Angriffe auf den palästinensischen Gazastreifen verantwortlich gemacht. Mit dem Tragen von Palästinensertüchern stilisieren sich die neuen Nazis als Opfer der Israelis. Ein direktes Symbol um den Holocaust zu leugnen, ist die Verwendung einer Eselsmaske. In der aktuellen Eurokrise wird diese von der NPD oft mit der Parole „Ich Esel glaube, dass der Euro Deutschen nutzt“ gezeigt. Klares Vorbild ist eine Aktion von Michael Kühnen und anderen Neonazis, die 1978 mit Eselsmasken durch Hamburg zogen. Auf umgehängten Schildern war zu lesen: „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden.“



„Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden“: Direkte Holocaustleugnung von Neonazis um Michael Kühnen und Christian Worch, Hamburg, 1978



„Ich Esel glaube, daß der EURO uns Deutschen nutzt“: Direkte Bezugnahme auf die Aktion von Michael Kühnen und Christian Worch, Oldenburg, 24.08.2013

# NPD im Oldenburger Stadtrat



Ulrich Eigenfeld bei einer NPD-Kundgebung in Oldenburg am 19. Juli 2012



Eckhard Aden aus Oldenburg am Rande eines NPD-Infostands am 27.08.2010



Pressesprecher Dennis Dormuth (rote Jacke) beim „Tag der Deutschen Zukunft“ am 1. Juni 2013 in Wolfsburg



Mitglieder des NPD-Unterbezirks Oldenburg beim Landesparteitag der NPD-Niedersachsen in Northheim am 22.05.2011



Ulrich Eigenfeld bei einem NPD-Infostand zusammen mit militanten Neonazis am 27.08.2010 an der Alexanderstraße in Oldenburg



Ein Neonazi aus Hude zusammen mit der verurteilten Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel bei einer neonazistischen Demonstration in Kirchweyhe am 23.03.2013. Haverbeck-Wetzel gilt in der Neonaziszene als Ikone in Sachen Geschichtsrevisionismus und Holocaustleugnung



Für die NPD im Oldenburger Stadtrat: Ulrich Eigenfeld

## Die NPD im Oldenburger Stadtrat

Seit November 2011 ist die NPD mit einem Mandat im Oldenburger Stadtrat vertreten. Der langjährige Parteimitglied Ulrich Eigenfeld vertritt nun im öffentlichen Raum die rassistischen und autoritären Positionen der NPD.

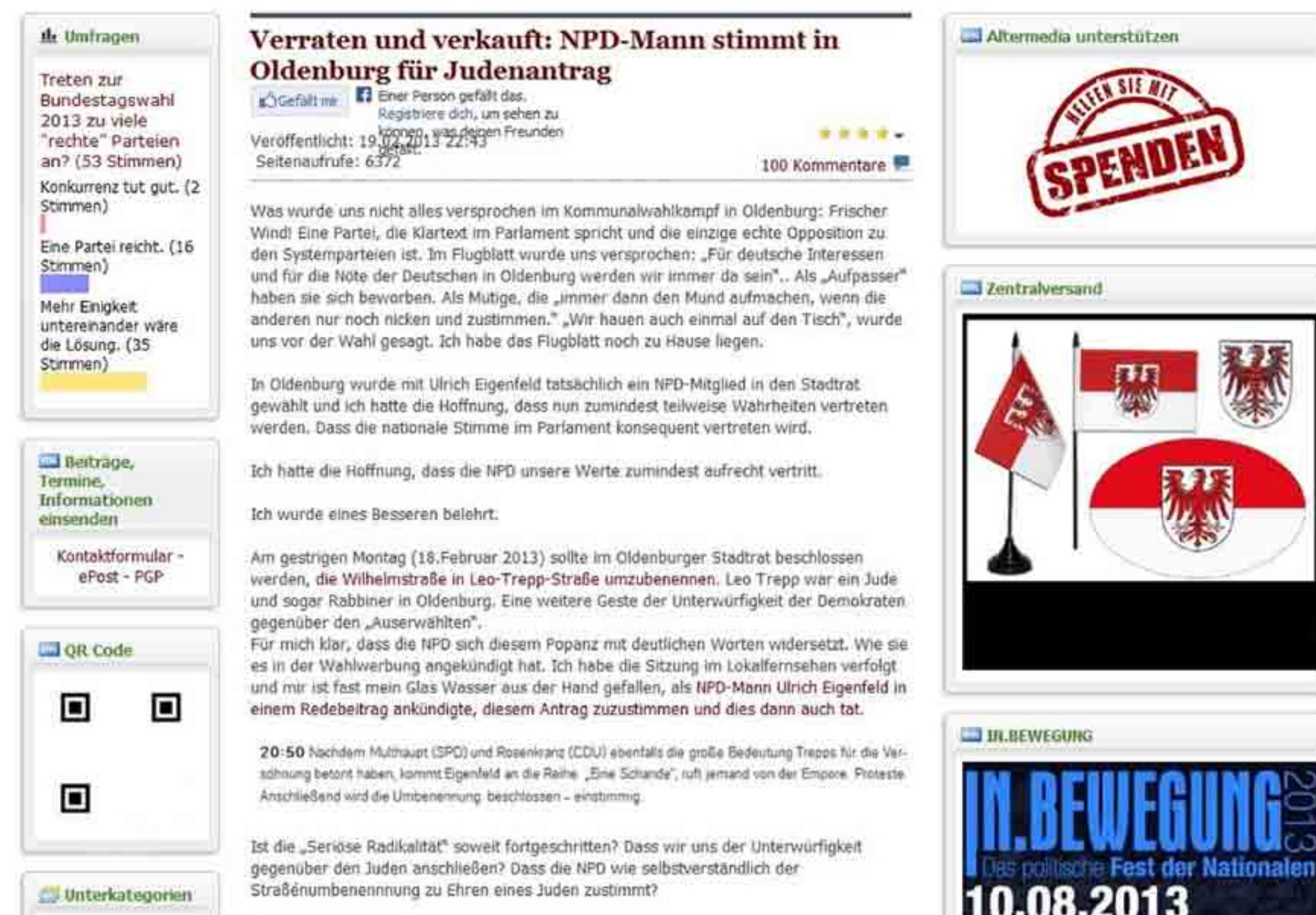
Trotzdem versucht er, während der Sitzungen ein biederes und gemäßigtes Bild abzugeben. So stimmte er beispielsweise in einer Sitzung für die Umbenennung einer Oldenburger Straße nach Leo Trepp, einem in Oldenburg tätigen Rabbiner, der 1938 von den Nazis ins Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert wurde.

Diese gemäßigte Politik brachte ihm massive Kritik aus den eigenen Reihen ein, sodass er seinen Kurs verschärfen musste. In einer Debatte um eine Gedenktafel für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus im Juni 2013 setzte er die Shoah, die industrielle Vernichtung von mehr als 6 Millionen Jüdinnen und Juden, mit dem „Leid der Vertriebenen“ und den „Opfern des Kommunismus“ gleich und verharmloschte auf diese Weise die einzigartigen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands.

Der NPD-Unterbezirk Oldenburg organisiert parteigebundene Neonazis aus den Gebieten Oldenburg-Stadt, Oldenburg-Land, Ammerland, Wesermarsch, Cloppenburg und Delmenhorst.

Prominentestes Mitglied des lokalen NPD-Ablegers ist der 66-jährige Ulrich Eigenfeld aus Oldenburg. Der langjährige Parteimitglied ist seit März 2013 Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen. Darüber hinaus war er 2009 als Schatzmeister für die Bundespartei aktiv. Im Oldenburger Unterbezirk ist er als Beisitzer vertreten.

Vorsitzender des Unterbezirks ist Eckhard Aden aus dem Oldenburger Stadtteil Ofenerdick. Aden engagiert sich seit vielen Jahren in der NPD, organisiert Aktionen wie Infostände oder Flugblattverteilungen und ist nahezu an allen öffentlichen Auftritten der Partei in Oldenburg beteiligt.



Anfeindungen gegen Ulrich Eigenfeld auf einem neonazistischen Internetportal, veröffentlicht am 19.02.2013

Auch der Pressesprecher des Landesverbandes Niedersachsen rekrutiert sich aus dem Oldenburger Unterbezirk. Dennis Dormuth ist bekannt für besonders menschenverachtende Äußerungen in seinen Artikeln. So äußerte er sich beispielsweise auf der Homepage der NPD-Oldenburg in homophober und sexistischer Weise gegen den jährlich in Oldenburg stattfindenden „Christopher Street Day“.

Obwohl der Landesverband der NPD-Niedersachsen derzeit von internen Streitigkeiten geprägt und auf Landesebene kaum handlungsfähig ist, ist der Oldenburger Ableger der Nazi-Partei kontinuierlich aktiv. Neben internen Stammtischen, Ausflügen und geschlossenen Saalveranstaltungen versucht sich die Partei durch Informationsstände und Flugblätter ins Gespräch zu bringen.

In der Regel bleiben die Neonazis jedoch mit ihrem Stand nur kurz an einem Ort, um Gegenprotesten zu entgehen.

Entgegen des bemüht biedereren Auftretens der Köpfe Ulrich Eigenfeld und Eckhard Aden ist eine dauerhafte und intensive Zusammenarbeit der Oldenburger NPD mit aktionistischen und militanten Neonazis zu beobachten. Besonders bei öffentlichen Aktionen wie Infoständen oder Kundgebungen, aber auch bei den monatlich stattfindenden internen NPD-Stammtischen wird deutlich, dass die NPD mit der militanten Neonaziszene eng verflochten ist.



NPD-Kundgebung in Oldenburg am 19. Juli 2012

# DIE NPD IN OLDENBURG

# Gewalttaten und Anschläge



Auswahl verschiedener Aufkleber mit neonazistischen Inhalten, die in Oldenburg verklebt wurden



Neonazis aus Hude beteiligten sich an Pöbeleien gegen eine antifaschistische Demonstration in Emsdetten am 13.10.2012



Neonazis aus der Region Oldenburg / Wilhelmshaven bei einem Aufmarsch in Bad Nenndorf am 6. August 2011



Mit diesem Aufruf auf Facebook mobilisierte ein Neonazi aus Hude nach Nordenham



„Nationale Sozialisten Oldenburg“: In Emsdetten hinterließen die Neonazis auch Sprühereien

## Gewalttätiger Angriff in der Kaiserstraße

Am 3. März 2012 wollte eine Gruppe Neonazis aus Oldenburg und dem Kreis Friesland zu einem Neonaziaufmarsch nach Münster anreisen. Auf Grund von antifaschistischen Gleisblockaden mussten sie allerdings schon in Osnabrück unverrichteter Dinge Kehrt machen und fuhren zurück nach Oldenburg.

Neonazistische Parolen rufend liefen sie schließlich durch die Oldenburger Kaiserstraße. Als sich ein älterer Mann daran störte und protestierte, schlugen sie zu.

Die Gruppe Neonazis flüchtete in Richtung Stau, konnte aber von der Polizei gestellt werden. Unter den sechs Männern im Alter zwischen 18 und 26 Jahren befanden sich auch jene NPD-Mitglieder, die in Verbindung mit einem Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof in Oldenburg-Osternburg im November 2011 stehen (siehe unten).

## Versuchte Erstürmung eines Wohnhauses (Nordenham)

Im März 2012 gestand ein 45-jähriger Kirchenmusiker aus Nordenham, sexualisierte Gewalt an drei Kindern begangen zu haben. Er zeigte sich vollständig geständig und therapiebereit.

Die militante Oldenburger Neonaziszene reagierte am 19. März mit einem direkten Angriff auf das Wohnhaus des Kirchenmusikers. Die Neonazis agierten verummmt, bewarfen das Haus mit Steinen, zerstörten Außeneinrichtungsgenstände und versuchten, in das Haus einzudringen. Zeug\*innen, die sich im Haus aufhielten, berichteten im Anschluss von erlebter Todesangst.

Nach der Tat versuchten die Neonazis zu flüchten, fünf der vermutlich acht Personen konnten jedoch von der Polizei gestellt werden.

Wieder stellte sich heraus, dass die Täter zum Teil NPD-Mitglieder waren. Doch nicht nur das. Die im Vorfeld veröffentlichten Verlautbarungen der NPD-Oldenburg lassen erkennen, dass sie das ideologische Rüstzeug für diese Tat bereitgestellt hat.



„Keine Drohung, sondern ein Versprechen“: Klare Bildsprache eines NPD-Aktivisten aus Hude

So veröffentlichte der Oldenburger NPD-Abteiler im Vorfeld der Tat mehrmals Parolen und Bilder auf seiner Facebookseite, die die Todesstrafe für „Kinderschänder“ fordern. Bereits am 14. März, kurz vor der Tat, verlinkte die NPD einen Artikel, der auf den in Nordenham wohnenden Sexualstraftäter aufmerksam machte.

Kommentar der NPD-Oldenburg: „Keine gnade gegen Kinderschänder“ (Fehler im Original). Ergänzender Kommentar eines Sympathisanten: „[...] man sollte die Leute aufknüpfen“. Diesen Kommentar sowie einen Artikel, der über die Aktion der Nazis berichtete, kennzeichnete die NPD-Oldenburg mit „gefällt mir“.

Noch eindeutiger in der Bildsprache wird ein NPD-Aktivist aus Hude. Er stellte sich verummmt mit einer Axt in einer selbst gemachten Fotomontage dar, zusammen mit dem abgetrennten Kopf des Sexualstraftäters. Dazu der Slogan: „Keine Drohung, sondern ein Versprechen“.

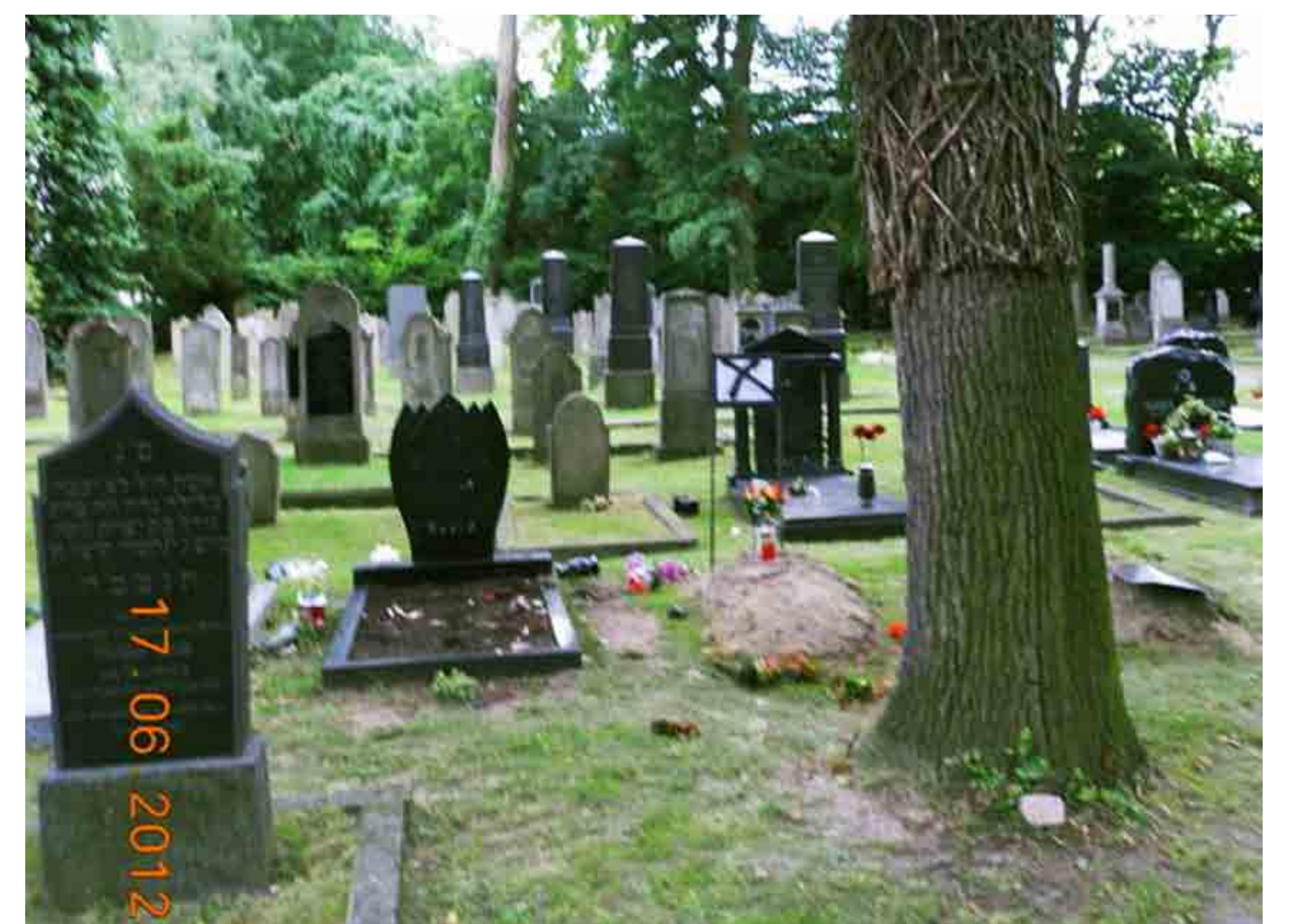
Dass sich aus dieser Form der Propaganda ein Neonazi-Lynchmob bildet, der die Theorie in die Praxis umsetzen möchte, erscheint da wenig verwunderlich.

Im Dezember 2012 kam es wegen der versuchten Erstürmung zum Prozess. Wegen schweren Landfriedensbruchs mussten sich sechs Neonazis aus Hude und Oldenburg verantworten. Der 24-jährige Haupttäter, der zu der Aktion aufgerufen hatte, erhielt eine 15-monatige Haftstrafe. Ein weiterer geständiger Angeklagter wurde zu acht Monaten Haft verurteilt. Den übrigen vier Angeklagten konnte keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft ging allerdings in Berufung, wodurch die Strafen milder ausfielen: Der 24-jährige Hauptangeklagte, der auch den Aufruf auf Facebook veröffentlichte, muss nun wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und gefährlicher Körperverletzung für 12 statt 15 Monate ins Gefängnis, die achtmonatige Haftstrafe eines Mittäters wurde auf sechs Monate reduziert. Der Huder Neonazi, der die blutrünstige Karikatur veröffentlichte, wurde zu Freiheitsstrafe verurteilt. Der Vorwurf des „schweren Landfriedensbruchs“ wurde fallen gelassen. Dafür seien laut Gericht mindestens zehn Personen notwendig.

## Angriff auf einen jüdischen Friedhof in Delmenhorst

Im Juni 2012 kam es darüber hinaus zu einem Angriff auf einen jüdischen Friedhof in Delmenhorst. Die Täter entstammen ebenfalls der Neonaziszene. Sie zerbrachen neue Grabplatten und beschrifteten alte mit Hakenkreuzen. Dieser Angriff auf den jüdischen Friedhof muss als Angriff auf die jüdische Gemeinde gewertet werden. Delmenhorst gehört zum Einflussgebiet des NPD-Unterbezirks Oldenburg.

Ein juristisches Nachspiel hatte diese antisemitische Tat indes nicht. Ein zum Tatzeitpunkt 20-jähriger Delmenhorster gab vor Gericht an, zwar bei der Tat auf dem jüdischen Friedhof anwesend gewesen zu sein, jedoch keine Straftaten begangen zu haben. Die zweite beschuldigte Person behauptete allerdings ihrerseits, nicht aktiv an den Taten beteiligt gewesen zu sein. Somit war es offenbar nicht einwandfrei nachweisbar, welche Taten von wem begangen wurden. Das Verfahren gegen die zweite beteiligte Person wurde bereits von der Staatsanwaltschaft eingestellt, der zum Tatzeitpunkt 20-jährige Delmenhorster wurde vor Gericht freigesprochen.



Angriff auf den jüdischen Friedhof in Delmenhorst im Juni 2012: Gräber wurden verwüstet, Grabsteine umgeworfen und Grabsteine beschriftet  
Quelle: Sachor - Für eine geschichtsbewusste Pädagogik nach Auschwitz



# NEONAZIS IN DER REGION

# Gewalttaten und Anschläge



Schändung des jüdischen Friedhofes in Osterburg am 20. November 2013



Am Marschweg, rund um das Stadion des VfB Oldenburg, wurden am 20.11. 2013 massiv Hakenkreuze und nationalsozialistische Parolen gesprüht



Auch an der Helene-Lange-Schule in Oldenburg wurden am 20. November 2013 Hakenkreuze und NS-Parolen gesprüht

## Angriff auf den jüdischen Friedhof in der Dedestraße in Osterburg 2011

Am 19. November 2011 kam es um 03.00 Uhr morgens zu einem Anschlag auf den jüdischen Friedhof in der Dedestraße im Oldenburger Stadtteil Osterburg. 5 Neonazis waren mit Sturmhauben verumumt und warfen vorbereitete Farbbeutel auf die Grabsteine und Gräber.

Ein Polizist, der sich zufällig in der Nähe des Friedhofs aufhielt und die Täter an der Flucht hindern wollte, wurde mit Pfefferspray attackiert.

Die Tatsache, dass die Täter verumumt und bewaffnet waren und vorbereitete Farbbeutel einsetzten, lässt auf eine geplante und bewusst durchgeführte Tat schließen.

Zehn Tage nach dieser antisemitischen Tat durchsuchte die Polizei 6 Wohnungen von 5 Neonazis aus der Stadt Oldenburg sowie den Landkreisen Oldenburg und Ammerland, die als Tatverdächtige ermittelt werden konnten. Dabei wurden Pfefferspray, Sturmhauben, Teleskopschlagstöcke und Messer sichergestellt.

### Vier der fünf Verdächtigen waren Mitglieder der NPD.

Angeklagt wurden jedoch nur zwei Personen. Ein zum Zeitpunkt des Prozesses 21-jähriger Neonazi aus Hude gab eine Tatbeteiligung zu und wurde zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Störung der Totenruhe und Sachbeschädigung verurteilt. Einem 23-jährigen Oldenburger konnte keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden.

## Angriff auf den jüdischen Friedhof in der Dedestraße in Osterburg 2013

In der Nacht zum Sonntag, den 24. November 2013, ist der jüdische Friedhof an der Dedestraße in Oldenburgs Stadtteil Osterburg erneut von Neonazis angegriffen worden. An acht Gräbern wurden Hakenkreuze gesprüht und die Trauerhalle auf dem Friedhof wurde neben Hakenkreuzen mit dem Wort „Jude“ beschmiert. Am gleichen Abend wurden auch in der Nähe des Oldenburger Marschweg-Stadions und an der Helene-Lange Schule Hakenkreuze gesprüht und es kam laut Polizei zur Festnahme eines 32-jährigen Tatverdächtigen, der laut Medienberichten der Neonaziszene zuzuordnen ist. Die Person hatte Farbreste an den Händen und bei beiden Tatorten wurden die selben Symboliken hinterlassen.

Diese antisemitische Tat ist der Höhepunkt einer Reihe von neonazistischen Aktionen im November 2013. So wurden an diversen Orten, unter anderem am autonomen Aktions- und Kommunikationszentrum „Alhambra“ sowie an den Redaktionsräumen des lokalen TV-Senders „Oldenburg eins“ und der „Oldenburger Onlinezeitung“ Hakenkreuze und nationalsozialistische Parolen gesprüht. Außerdem wurden Aufkleber, unter anderem von der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ verklebt.

Kurz zuvor gründete sich die „Kameradschaft Oldenburg“. „Freie Kameradschaften“ sind Zusammenschlüsse parteifreier Neonazis. Nichtsdestotrotz gibt es eine enge Verbindung zwischen der Kameradschaft und der Oldenburger NPD. So wurden Aktivisten der neuen Neonazigruppe zu einem Stammtisch der NPD in Oldenburg eingeladen, um über ihre Arbeit zu berichten. Außerdem unterstützte mindestens ein Mitglied der „Kameradschaft Oldenburg“ die NPD bei einem Infostand in Oldenburg-Osterburg.

In der Nacht, in der der Angriff auf den jüdischen Friedhof stattfand, wurde eine vierköpfige Gruppe von Neonazis, unter ihnen mindestens ein Mitglied der „Kameradschaft Oldenburg“, in unmittelbarer Nähe zum Tatort gesehen.



Farbanschlag auf den jüdischen Friedhof in Osterburg am 19. November 2011 (Foto: Tobias Frick)



Schändung des jüdischen Friedhofes in Osterburg am 20. November 2013



# NEONAZIS IN DER REGION

# ... und wer noch

## Andere Erscheinungsformen

Neben der NPD gibt es noch weitere Erscheinungsformen neonazistischer, antisemitischer und rassistischer Politik in der Region. Sie alle aufzuzählen, würde den Rahmen der Ausstellung sprengen. Auf vier Phänomene sei trotzdem in aller Kürze hingewiesen:

### „Die Rechte“

Bei einigen Oldenburger Neonazis ist inzwischen eine Sympathie für die neu gegründete Partei „**Die Rechte**“ zu erkennen. Dieser Zusammenschluss, der vom bundesweit bekannten Neonazi Christian Worch gegründet wurde, tritt im Vergleich zur NPD nach außen weniger gemäßigt auf und dient vor allem in Nordrhein-Westfalen als organisatorische Struktur für verbotene Neonazigruppen.

Auch in Kirchweyhe versucht „**Die Rechte**“, rassistische Politik zu machen. Nachdem ein Jugendlicher durch eine nächtliche Gewalttat vor einem Disco-Bus zu Tode kam und die Täter als „nicht deutsch“ klassifiziert wurden, versuchte Christian Worch mit seiner Partei, die ohnehin rassistisch aufgeladene Stimmung für sich zu nutzen. Unter anderem führten die Neonazis zwei Demonstrationen in Kirchweyhe durch.

### „Identitären Bewegung“

Außerdem tauchen im Stadtbild Oldenburgs gelegentlich Aufkleber der „**Identitären Bewegung**“ auf. Diese neue Gruppierung, die ihren Ursprung in Frankreich hat, bezeichnet sich statt „links“ oder „rechts“ als „identitär“. Vor allem werden rassistische Positionen vertreten, in dem gegen Zugewanderte und vor allem gegen muslimische Menschen Stimmung gemacht wird. Hierbei setzen die „Identitären“ auf moderne Layouts und peppige Aktionsformen wie zum Beispiel Flashmobs. Trotzdem bleiben die Positionen der „Identitären“ rassistisch, islamfeindlich und nationalistisch.

### „Berliner Zimmer“

Weiterhin existiert in Oldenburg das sogenannte „**Berliner Zimmer**“. Eine kleine Kultur- und Theaterbühne, die von der SchauspielerIn **Imke Barnstedt** betrieben wird. Barnstedt ist als Holocaustleugnerin bekannt. So posierte sie im Juli 2003 auf der Wartburg mit Gesinnungsgenoss\*innen mit eindeutigen Transparenten. „Den Holocaust gab es nicht“ war dort beispielsweise zu lesen. Auch unterstützte sie im Jahre 2004 den bekannten und bundesweit aktiven Neonazi Horst Mahler bei einem Gerichtsprozess. Auch in verschiedenen or-

# DIE RECHTE

Logo der neu gegründeten Partei „die Rechte“



Aufkleber der „Identitären Bewegung“

ganisierten Neonazistrukturen bewegte die Oldenburgerin sich, beispielsweise im „Berliner Bund freier Bürger“, dem sie in den 1990er Jahren angehörte oder in der sogenannten „Deutschlandbewegung“. Darüber hinaus war Barnstedt bis 2007 Schatzmeisterin des mittlerweile verbotenen Vereins „Bauernhilfe e.V.“, der die Finanzen verstorbener Alt- und Neonazis verwaltete.

Mittlerweile behauptet Imke Barnstedt, mit dieser Ideologie nichts mehr zu tun zu haben. Um gleich im nächsten Satz darauf hinzuweisen, dass es „bestimmte Dinge in Deutschland“ gäbe, „über die man nicht diskutieren darf“. Eine klare Distanzierung sieht anders aus.

### „Blood Brother Nation“

Bundesweit ist ein Trend zu beobachten, nach dem Neonazis immer öfters in Motorradclubs eintreten, die der „Rockerszene“ und der organisierten Kriminalität zuzuordnen sind. In Oldenburg haben Neonaziskinheads den Ableger des rassistischen Motorradclubs „Blood Brother Nation“ gegründet, der sich mit rassistischer und neonazistischer Symbolik eindeutig positioniert.



Christian Worch bei einem Neonaziaufmarsch in Stolberg am 26.04.2008



Die Oldenburger SchauspielerIn Imke Barnstedt (ganz rechts im Bild) leugnet 2003 auf der Wartburg den Holocaust



„Die Lüge vernichtet sich selbst“: Barnstedt unter Neonazis  
2 Screenshots aus: „Der Aufstand für die Wahrheit begann auf der Wartburg“



Homepage des rassistischen Motorradclubs „Blood Brother Nation“  
Quelle: Screenshot



Ein Mitglied der „Kameradschaft Oldenburg“ unterstützt die NPD bei einem Wahlkampfstand in Oldenburg-Osternburg am 21.09.2013



Aufmarsch der Partei „Die Rechte“ in Kirchweyhe am 23.03.2013

# ANDERE NAZI AKTIVITÄTEN IN DER REGION



# Der VfB 1897 e.V. und die NS-Diktatur

## Verein für Bewegungsspiele v. 1897 e. V.

Fußball • Hockey  
Tennis • Leicht-  
athletik • Gym-  
nastik • Schach  
Damen  
Eigene Sportplätze, Kame-  
ren und Klubhaus in  
Oldenburg-Damerhof  
Bfll Nr. 2



Verband: VfB 1897  
Vorstand: Dr. K. K. K.  
Büro: Oldenburg  
1933

### Der VfB und die neue Zeit

Die nationale Revolution, die mit elementarer Gewalt eine völlige Umgestaltung der politischen Verhältnisse in Deutschland herbeigeführt hat, hat auch einen Eingriff in die Organisation der Sportvereine mit sich gebracht. ...

Esch-Original-Dauerbrenner  
Kolonialwaren und Südfrüchte  
Senking-Kohlen- und Gasheerde  
MAX DODDEK  
Kaiserstrasse 23  
Carl Wilh. Meyer  
Haarenstr. 14, 15, 56 • Tel. 4945

danke der Schaffung eines geeinten deutschen Volkes voll und ganz zur Tat wird. Hieran mitzuwirken ist oberste Pflicht eines jeden treuen VfBers! ...

WILLST DU IM SPIEL DIE RICHTIGE WESENERZEITUNG?  
KARL SPILKER  
Schlichtermeister  
Offenerstr. 10 • Tel. 3394  
Marktstein Stand 24  
GESCHÄFTSSTELLE  
HEILIGEINSTEADT  
FERNRUUF 4761

Diese Ausführungen sind voll und ganz zu unterschreiben. Wir vom VfB werden die in Aussicht gestellten Richtlinien zur Richtschnur unserer Tätigkeit nehmen. ...

Stellungnahme des Verein für Bewegungsspiele von 1897 e.V. zur Machtergreifung  
Quellenangabe: Best. 262-1 Z5 (Zeitgeschichtliche Sammlung) Nr. 699

## Vorwort

Ein Fußballstadion bietet in vielerlei Hinsicht ein attraktives Feld für rechte Strömungen. Zuletzt sorgte die Verdrängung der antirassistischen „Aachen Ultras“ durch die rechten Gruppierungen „Karlsbande Ultras“ und den rechten Hooligans von „Westwall Aachen“ unter Mithilfe der mittlerweile verbotenen, neonazistischen „Kameradschaft Aachener Land“, bundesweit für Schlagzeilen. ...

Aus dem vorherrschendem Männlichkeitsbild, welches analog zu dem der rechten Szene starke Kämpfer auf Rasen und Rängen fordert, sowie dem unter den Fans verbreiteten Freund-Feind-Schema entstehen Anknüpfungspunkte, die für die rechte Szene geradezu einladend wirken. ...

## Der VfB 1897 e.V. und die NS-Diktatur

In den 1930er Jahren hatten sich alle bürgerlichen Vereine, die im Deutschen Reich weiterhin am Sportbetrieb teilnehmen wollten, der Gleichschaltung zu unterziehen. ...

Ein Ergebnis der Gleichschaltung ist auch heute noch präsent. Die im Dritten Reich verbotenen Sportverbände, sowohl die unabhängig konfessionellen als auch die sozialistischen und die der Arbeiter\*innen, sind nach Kriegsende in den westlichen Besatzungszonen nicht neugegründet worden.[2]

## Neonazistische Strömungen in der Fanszene des VfB Oldenburg

Da Fußball nicht losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet werden kann, verwundert es wenig, dass gerade zu Beginn der 1990er Jahre, insbesondere in Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung und die damals schwelende „Asyldebatte“, ein nationalistischer Ruck durch die meisten Stadien der Bundesrepublik ging. ...

Mehr noch: Der sportliche Erfolg, mit dem knapp verpassten Einzug in die erste Bundesliga (91/92), zog eine Vielzahl von Fußballfans an. Zu dieser Zeit konnte sich auch eine Hooliganszene etablieren. ...

Pauschal betrachtet waren die frühen 90er Jahre oftmals von rassistischen Aussagen der Fans geprägt. Affenlaute gegenüber schwarzen Spielern und „Asylanten“- Rufe waren fester Bestandteil der damaligen Stadionkultur. ...

Rückendeckung von „höchster“ Stelle gab es für die VfB Fans, die sich zu dieser Zeit gegen Rassismus engagierten, wenig bis keine. Vielmehr wurde von Vereinsseite betont, dass man keine Politik im Stadion wolle[4]. ...

[1]Vgl.: Müller-Betke, Daniel: Bachelor-Thesis. Der VfB Oldenburg unterm Hakenkreuz. Der Verein als Träger nationalsozialistischer volksgemeinschaftlicher Ideologie. Oldenburg 2012, S. 14.  
[2]Vgl.: Oswald, Rudolf: Fußball-Volksgemeinschaft. Ideologie, Politik und Fanatismus im deutschen Fußball 1919 - 1964, S. 47.



Choreographie der VfB Fans in Göttingen

# NAZIS

# BEIM FUSSBALL:

# früher

# Nazi-Hooligans beim VfB OL



Oldenburger Fanalternative während des Spiels gegen St. Pauli 2007  
Quelle: [www.magischerfc.de/oldenburg0708heim.html](http://www.magischerfc.de/oldenburg0708heim.html)



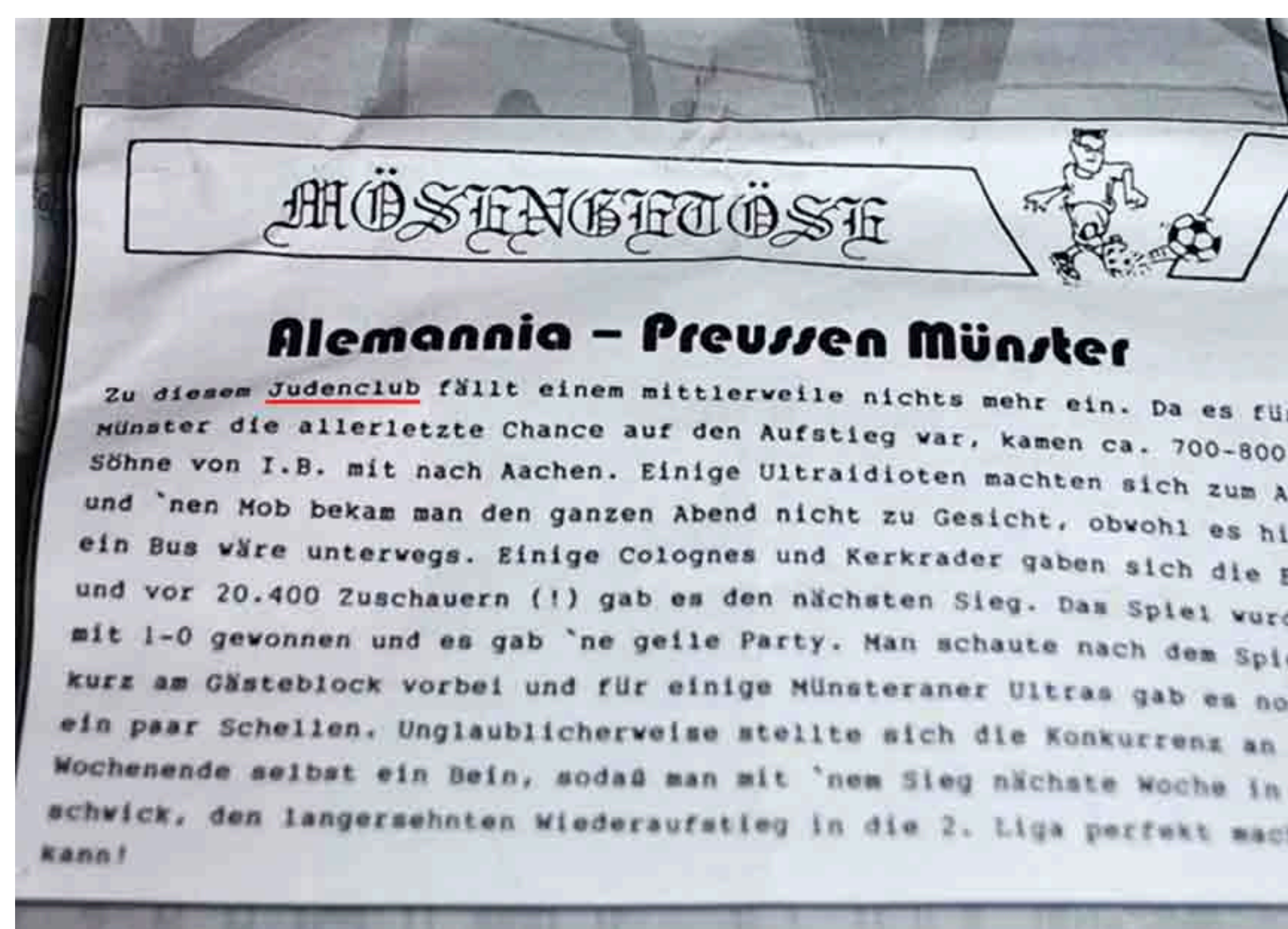
Quelle: [ofaoldenburg.npage.de](http://ofaoldenburg.npage.de)



Mitglieder von Westwall, Quelle: facebook.com



Oldenburger Hooligans mit Zaunfahne in Lübeck 2012  
Quelle: [boys-united.de](http://boys-united.de)



Antisemitismus in der Banderole (Kurvenflyer der Karlsbande)

Mit der sportlichen Talfrucht, die Ende der 90er Jahre begann und den Verein samt seiner Fans von Liga zwei in Liga fünf führte, schrumpfte auch der Publikumszuspruch. Dennoch konnte sich eine kleine Hooliganszene halten. Als Ende der 90er Jahre die Finanzierung aus der öffentlichen Hand für das Oldenburger Fanprojekt eingestellt wurde, führte die explizit antisemitisch eingestellte Oldenburger Faninitiative (kurz OFI) die Arbeit im Fanprojekt weiter. Dies mündete in kleineren Konflikten mit der nächsten Hooliganszene, welche als klar rechtsorientiert bezeichnet werden kann. Im Laufe der nächsten Jahre intensivierte sich die Konflikte. Aus einer versuchten Attacke auf Fans des SC Spelle/Venhaus im Jahre 2005 resultierte für fast alle Oldenburger Hooligans ein zweijähriges Stadionverbot.

Im Jahre 2007 waren die Stadionverbote abgelaufen und der Verein schaffte zudem den Aufstieg in die vierte Liga. Und so drängten unter dem Namen „Oldenburger Fanalternative“ (kurz OFA) Hooligans vermehrt zurück ins Stadion. Verstärkung erhielten sie durch Personen aus der neonazistischen Kameradschaftsszene. Die erweiterte und immer deutlicher neofaschistisch positionierte Hooliganszene umfasste nun 30-40 Personen und strebte, wie bereits die Wahl des Namen vermuten lässt, einen Konflikt mit der OFI an. Insbesondere beim Pokalspiel



in Pewsum, beim Auswärtsspiel in Cloppenburg und beim Auftritt bei der Zweitvertretung des FC Sankt Pauli kam es zu Einschüchterungsversuchen, die gegen antisemitische Fans gerichtet waren. Zudem fielen Mitglieder der OFA durch das Tragen von eindeutig als neonazistisch zu kategorisierender Kleidung auf. Ferner versuchten aktive Kader der Oldenburger NPD im Stadion Fotos von politisch missliebigen

[3]Vgl.: Leserbrief im „6:1 – Stadionzeitung der VfB-Fans“, Nr 1, S.23ff

[4]<http://derkiesel.wordpress.com/2011/03/22/ein-bloggerprojekt/>



# BEIM FUSSBALL: NAZIS heute

# Präventive Arbeit und Tipps

## Präventive Arbeit und Tipps für Situationen mit Neonazis

Was können wir tun, wenn wir uns mit Aktivitäten von Neonazis, wie zum Beispiel Demonstrationen oder Wahlkampfständen konfrontiert sehen? Hierbei ist es zunächst wichtig, dass wir die Situation und unsere Möglichkeiten richtig einschätzen. Gerade zu Wahlkampfzeiten versucht die Öffentlichkeit anzusprechen. Infotische werden gezielt in der Innenstadt, auf Wochenmärkten oder auf Supermarkt-Parkplätzen aufgestellt.

Beim Protest gegen diese Infotische reichen oft geringe Mühen aus, um die Neonazis zum Einpacken zu bewegen, wie z. B. lautstarke Proteste, wenn wir in einer Gruppe unterwegs sind, oder ein laut geführtes Telefonat, in dem wir wütend über die Situation berichten. Es hilft auch, wenn wir im Supermarkt nach der Marktleitung fragen und uns dort über den Infotisch beschweren. Durch solche Proteste fühlen sich die Neonazis meist ausreichend bedrängt. Da sie keine negative Presse wollen, verschwinden sie dann in der Regel schnell. Wichtig ist vor allem, dass wir klar Position beziehen, unsere Ablehnung offen kundtun und uns nicht aus vermeintlicher Höflichkeit in ein Gespräch mit ihnen verwickeln lassen. Dass Nazis sich öffentlich darstellen, darf auf keinem Fall zur Normalität werden.



Am 3. August 2013 verhindern mehrere hundert Menschen den jährlichen Neonazi-aufmarsch in Bad Nenndorf mit einer Sitzblockade

In der Schule könnt Ihr konkrete Situationen, wie z.B. das Verteilen von Flyern oder sogenannter Schulhof-CDs durch Neonazis Lehrer\*innen oder den Schulsozialarbeiter\*innen melden. Im Betrieb, im Sportverein, in der Disco oder wo auch immer, könnt Ihr Euch zusammentun und dafür sorgen, dass rassistische, antisemitische und neonazistische Aussagen öffentlich gemacht werden und nicht unkommentiert stehen bleiben.

Am wichtigsten ist, dass Ihr nur das macht, was Ihr Euch zutraut. Es ist verständlich, wenn Ihr Angst habt, Neonazis ins Gesicht zu sagen, was Ihr von ihrer Politik haltet. Statt dessen könnt Ihr z. B. andere Menschen auf ihre Aktionen aufmerksam machen. Außerdem könnt Ihr Aufklärungs-Flyer verteilen oder als Gruppe Protest äußern. Empörte Leser\*innen-Briefe über Neonazi-Aktionen am nächsten Tag in der Zeitung oder auf Facebook erzielen ebenfalls ihre Wirkung. Gut wäre es auch, wenn Ihr Euch an den regelmäßigen Protesten gegen den NPD-Vertreter während den Sitzungen des Oldenburger Stadtrats beteiligt. Ihr könnt an den Ratssitzungen als Zuschauer\*in teilnehmen und z.B. mit Trillerpfeifen dem NPD-Abgeordneten eine Gegenstimme bieten.

Viele rassistische, antisemitische, neonazistische oder andere menschenverachtende Äußerungen finden sich im Internet. Hier habt Ihr die Möglichkeit solche Aussagen auf Kommunikationsplattformen oder bei online-Versandhäusern zu melden, damit diese Inhalte aus dem Internet verschwinden. Eine Person kann für Inhalte, die sie online gestellt hat, zur Verantwortung gezogen werden.

Es gibt zahlreiche Internetseiten, an die Ihr Euch wenden könnt, wenn Ihr mit Neonazis konfrontiert werdet oder wenn Ihr Euch über Strategien gegen Neonazis informieren wollt. Einige Seiten mit regionalem Bezug wollen wir Euch hier nennen:

<http://antifaelf.blogspot.de>

ist eine Seite, die vor allem über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in der lokalen Neonaziszene informiert

<http://oldenburgnazifrei.blogspot.de>

gibt Euch jede Menge Unterstützung, wenn Ihr selbst aktiv werden wollt. Hier findet Ihr Flyer zum Ausdrucken und Verteilen und Hinweise auf aktuelle Demotermine und Infoveranstaltungen

<http://regentied.blogspot.de/>

ist ein Blog für den Oldenburger Raum, auf dem über aktuelle Naziaktivitäten berichtet wird.

<http://www.arug.de/>

ist eine Seite auf der Ihr Neonaziaktivitäten melden könnt und es weitere Infobroschüren gibt.

Nicht zuletzt könnt Ihr Euch an die Adresse vom Bündnis gegen Rechts wenden:

<http://bgrol.blogspot.de>

In und um Oldenburg gibt es verschiedene Gruppen, die sich gegen Neonazis, Rassismus und Antisemitismus einsetzen und sich über Eure Unterstützung freuen. Auch Eigeninitiative ist gefragt.

Schließt Euch zusammen, informiert Euch, knüpft Kontakte und überlegt Euch Aktionen und Veranstaltungen! Zusammen können wir dafür sorgen, dass die Neonazis mit ihrer Propaganda keinen Erfolg haben.

Wir wünschen uns, dass die Ausstellung von vielen Schulen, Bildungsträgern und anderen Organisationen ausgeliehen wird. Die Ausstellung ist so konzipiert, dass sie schnell auf zu bauen und leicht transportabel ist.

Wenn Sie Interesse daran haben, die Ausstellung zu präsentieren, dann kontaktieren Sie uns unter der angegebenen E-mail-Adresse:

[olgegenrechts@gmail.com](mailto:olgegenrechts@gmail.com)

Wir freuen uns über Ihr Interesse.

**Ausstellungs-AG des Bündnis gegen Rechts-Oldenburg**

Winter 2013



1. Mai 2007 in Vechta



Demonstration in Kirchwehde 23.03.2013



Demo in Oldenburg als Form des Protests nach der Schändigung des jüdischen Friedhofes im November 2013



1. Mai 2007 in Vechta



DEMONstrativer Stadtrundgang in Oldenburg, Juli 2012

### Bildquellen:

1. Thörner, Klaus: Der frühe Aufstieg des Nationalsozialismus in Oldenburg, Oldenburg 2013

2. recherche nord, sofern nicht anders angegeben <http://www.recherche-nord.com>



Anti-Nazi-Protest in Oldenburg

# GEGEN NEONAZIS IN OLDENBURG